



# Ausgestreckte Hände, zögerliche Schritte

## Armenien und die Türkei gehen aufeinander zu – aber Nachbarn und Nationalisten stören die Annäherung

Von Kai Strittmatter

Istanbul – Nach fast einem Jahrhundert der Feindseligkeit haben sich die Türkei und Armenien in der Nacht zum Donnerstag auf einen „Fahrplan“ zur Normalisierung ihrer Beziehungen geeinigt. In der Erklärung, die nach zwei Jahren Geheimgesprächen unter Vermittlung der Schweiz zustande kam, heißt es, beide Seiten strebten eine „gute Nachbarschaft“ an; dabei gehe es um „konkrete Fortschritt und gegenseitiges Verständnis“. Details wurden nicht bekannt. Zu symbolträchtigen Schritten wie der von vielen Beobachtern erhofften baldigen Grenzöffnung wird es vorerst nicht kommen – eine heftige Intervention des gemeinsamen Nachbarstaates Aserbaidschan und innenpolitischer Streit in der Türkei verhinderten dies.

Die USA begrüßten die Erklärung: Sie kam am Vorabend des Jahrestages des armenischen Völkermordes von 1915/16, der weltweit am 24. April begangen wird. US-Präsidenten halten traditionell eine Rede zu diesem Jahrestag. In der Türkei gibt es Befürchtungen, Barack Obama könne dabei an diesem Freitag als erster US-Präsident die Vernichtung und Vertreibung der Armenier aus Anatolien im Osmanischen Reich offiziell als Völkermord bezeichnen. Als Präsidentschaftskandidat hatte Obama 2008 gesagt, der Genozid an den Armeniern sei keine persönliche Meinung, sondern „eine gut dokumentierte Tatsache“. Bei seinem Ankarabesuch Anfang dieses Monats erklärte Obama dann, er habe seine Meinung dazu nicht geändert – allerdings wolle er nichts tun, was die laufende Annäherung zwischen der Türkei und Armenien „kippen“ könnte. Dies wurde als Hinweis darauf verstanden, dass Obama auf das Wort Völkermord verzichten werde, wenn beide Länder aufeinander zugehen. Das amerikanische Außenministerium drängte die Staaten nun am Donnerstag dazu, ihr Verhältnis „in einem angemessenen Zeitraum“ zu normalisieren.

Wie heikel das Thema Völkermord für die türkische Diplomatie ist, zeigte sich erneut am Mittwoch, als Ankara seinen Botschafter aus Kanada zurückrief, weil kanadische Minister an einer Gedenkveranstaltung für die Opfer des Völkermordes teilgenommen hatten. Armenien beharrt darauf, dass in den Jahren 1915/16 insgesamt bis zu 1,5 Millionen Armenier

planmäßig ermordet worden sind oder bei Todesmärschen ums Leben kamen. Die Türkei spricht hingegen von 300 000 Armeniern, die in den Kriegswirren ums Leben gekommen seien. Allerdings bröckelt das jahrzehntealte Tabu, das der türkische Staat über dieses Thema verhängt hat. 2005 fand in Istanbul erstmals eine Konferenz statt, bei der Teilnehmer öffentlich von Völkermord sprachen. 2008 starteten türkische Intellektuelle eine Unterschriftenkampagne unter dem Titel „Wir entschuldigen uns“, die schon knapp 40 000 Türken unterzeichnet haben. Und Anfang dieses Jahres veröffentlichte der Autor Murat Bardakci Dokumente, die einst dem osmanischen Innenminister Mehmet Talat gehörten, einem der Architekten der Massaker. Die Dokumente enthüllen, dass 972 000 osmanische Armenier in den Jahren 1915 bis 1917 aus Melderegistern verschwanden.

Die türkische Republik entstand erst 1923, da war Armenien schon Teil der Sowjetunion. Zwischen beiden Ländern gab es bis heute keine diplomatischen Beziehungen. Die Grenze allerdings war für einen kurzen Zeitraum, von 1991 bis 1993, offen, nachdem die zerfallende Sowjetunion Armenien in die Unabhängigkeit entlassen hatte. Dann überfiel und besetzte Armenien die Exklave Berg-Karabach im benachbarten Aserbaidschan – und die Türkei schloss aus Solidarität mit Aserbaidschan die Grenze.

Die schnelle Wiedereröffnung dieses Übergangs scheiterte denn nun auch nicht an der Völkermord-Debatte, sondern am Berg-Karabach-Konflikt: In den vergangenen Wochen schlug Aserbaidschan lautstark Alarm und drohte gar damit, Gaslieferungen zu stoppen. Das ist für die türkische Regierung ein Problem, weil Aserbaidschan ein alter Alliierte ist – und die türkischen Nationalisten die Attacken dankbar aufgriffen. Deniz Baykal, Chef der größten Oppositionspartei CHP, sprach von „Verrat“ und vom „größten diplomatischen Fehler in der Republikgeschichte“ – eine Rhetorik, die Premier Tayyip Erdogan vor mutigeren Schritten zurückschrecken ließ.

„Die türkische Außenpolitik hat einen dramatischen Wandel durchlaufen“, sagt Gerald Knaus vom Forschungsinstitut European Stability Initiative (ESI) in Istanbul: „Vor zehn Jahren noch sah sich das Land überall von Todfeinden umgeben, heute behandeln (die Türken) die Nachbarn als einen Ring von Partnern.“



Ein Mann im syrischen Aleppo hält das Bild seiner Mutter, die während der Armenier-Massaker im Ersten Weltkrieg aus der Türkei deportiert wurde. Foto: Kathryn Cook/VU/laif

Armenien ist das letzte Puzzleteilchen, das hier noch fehlt.“ Das ESI hat diese Woche einen Bericht über die türkisch-armenische Annäherung veröffentlicht. „Das läuft alles in die richtige Richtung“, sagt Knaus. „Aber die Türkei muss erkennen, dass sie in der Völkermorddebatte den Kampf längst verloren hat. Weil sie eine Debatte verloren hat, die weltweit geführt wird.“ (Seite 4)

Quelle: Süddeutsche Zeitung  
Nr.94, Freitag, den 24. April 2009, Seite 9

Fenster schließen